

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Feiertagen nur morgens. Der Druckpreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühren monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Streifenband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Monaten der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inhaltsverzeichnis: Monatsverzeichnis über deren Raum 60 Pf., Klein-Verzeichnis des festgedruckten Wert 40 Pf., jedes weitere Wert 20 Pf., Druckgebühren 60 Pf., bei gemischten und Verlagsangelegenheiten fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 2768.

Die Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Generalstreik der Bankbeamten.

Ausdehnung des Streiks.

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten und der Deutsche Bankbeamtenverein haben, da sich die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsamt zerschlugen, gestern abend die Ausdehnung des Berliner Generalstreiks vorläufig für die Bankläufe Leipzig, Hamburg, Frankfurt a. M. erklärt. Eine weitere Ausdehnung des Streiks, insbesondere für Süddeutschland, steht unmittelbar bevor.

Sitzung des Vollzugsrats.

Sympathieerklärung für die Bankbeamten.

Der Vollzugsrat wählte in einer am 10. April stattgefundenen Sitzung eine aus den beiden sozialdemokratischen Parteien parlamentarisch zusammengesetzte Kommission, die mit der Gewerkschaftskommission zwecks Stellungnahme zum 1. Mai in Verhandlung treten und dem V. R. in seiner nächsten Sitzung von dem Ergebnis der Verhandlungen Bericht erstatten soll.

Der Vollzugsrat beschäftigte sich außerdem mit dem Streik der Bankbeamten und gelangte folgender Beschlus zur einstimmigen Annahme:

Den in schwerem, wirtschaftlichem Kampfe stehenden Bankbeamten spricht der Vollzugsrat vollste Sympathie aus. Der V. R. wird, der im zirkulären Beschlus Resolution gemäß, alles tun, was in seinen Kräften steht, um die gerechten Forderungen der Bankbeamten zu vertreten.

Der Vollzugsrat weist die Bankdirektionen auf die schweren Folgen hin und appelliert an das patriotische Empfinden der Direktoren, daß von diesen bei jeder Gelegenheit in den Vordergrund gestellt wird.

Die Bankbeamten sollen aber hieraus die Lehre ziehen, daß nur durch Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter im konsequenten Kampf dem Kapitalismus Zugeständnisse abgerungen werden können.

Ein weiterer Antrag, die Berichte des Vollzugsrats im „Vorwärts“ wegen seiner unobjektiven Berichterstattung nicht mehr zu veröffentlichen, wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Ein Gruß aus Österreich.

Der Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs hat an den Bankbeamtenverband folgendes Belehungstelegramm geschickt:

Aus Zeitungen euer Streik erfahrend, begrüßen die organisierten österreichischen Bankbeamten die im Klassenkampf voranschreitenden deutschen Kollegen herzlich. Wir selbst haben eben in Durchsetzung einer modernen Dienstprognose unser Mitgliedschaftsrecht in den Vereinen erkämpft und stehen jetzt mitten in einer umfassenden Aktion zur Durchsetzung der materiellen Forderungen der österreichischen Bankbeamten. Euer Kampf ist unser Kampf, euer Sieg ist unser Sieg.

Preußen und die bayerische Räterepublik.

Berlin, 10. April.

Das preussische Staatsministerium hat folgenden Beschlus gefasst:

Die preussische Regierung sieht wie die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen das Ministerium Hoffmann als die allein rechtmäßige Regierung Bayerns an.

Neuer Umsturz in Bayern?

Die aus Unabhängigen gebildete Räteregierung soll nach bisher nicht bestätigten Meldungen von den Kommunisten gestürzt worden sein. Wir geben die Nachricht deshalb mit Vorbehalt wieder:

München, 10. April. (B. T. V.)

Nach einem Telegramm aus München sollen die Kommunisten die bisherige Regierung der Unabhängigen gestürzt und die Gewalt an sich gerissen haben. Das Militär stehe auf Seiten der Regierung Hoffmann.

Der größte Teil der Münchener Bevölkerung wartet nur auf einen Anstoß von außen. Die wirtschaftliche Lage Münchens habe sich verschlimmert.

Die Münchener Regierung nicht gestürzt.

Samstag, 10. April.

Die Meinung, wonach die unabhängige Regierung in München von den Kommunisten gestürzt worden sei, wird, wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, von Seiten der Hamburger Regierung nicht bestätigt.

München, 10. April.

Professor Jaffe ersucht die „Münchener Post“, zu erklären, daß sein Name unter den Kandidaten für die Regierung der Volksbeauftragten zu unrecht genannt werde. Er habe auch nicht daran gedacht, einem Ersuchen, an der Regierung teilzunehmen, stattzugeben, da er sich mit den Ereignissen der letzten Tage nicht solidarisch fühle.

Der Generalstreik im Ruhrgebiet.

Wie aus der nachfolgenden Meldung hervorgeht, herrscht auch im Ruhrgebiet das Militär unumschränkt. Es hat den Fernverkehr unterbrochen, so daß es unmöglich ist, eigene Nachrichten über den Streik und die Verhandlungen zu erhalten. Die amtlichen Quellen aber fliehen immer noch sehr spärlich, die Regierung muß viel zu verbergen haben.

Essen, 10. April.

Das heutige Streikbild ist gegen die Vorgabe wenig verändert. Der Straßenbahnverkehr ruht noch immer. Das Gaswerk kann wegen Kohlenmangels auch jetzt nicht genügend Gas liefern. Die Straßen liegen noch im Dunkeln. Die Beamten und Angestellten des rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes haben nach Erfüllung ihrer sozialen Forderungen ihren Teilstreik abgebrochen und verrichteten Notstandsarbeiten, so daß die Stadt, wenn auch mit Unterbrechung, mit elektrischem Licht versorgt wird. Die Arbeiter des Werkes dagegen verharren weiter im Streik mit den Bergleuten. Infolge militärischer Sperre ist der gesamte Telephonverkehr der inneren Stadt und nach außerhalb seit gestern abend verstopft. Unter dem Schutz der Regierungstruppen finden sich die Arbeitswilligen an ihren Arbeitsstätten ein. Bei der Firma Krupp hat sich die Zahl der Arbeitswilligen gegen gestern wieder erhöht. Da die Anerkennung einzelner Forderungen der Streikenden durch die Reichsregierung und den Besondereinstand erst heute früh bekannt wurde, war eine entsprechende Einwirkung noch nicht bemerkbar.

Generalstreik in Zwickau.

Zwickau (Sachsen), 10. April.

Die Streikenden haben in einer gestern abend abgehaltenen Versammlung für heute den Generalstreik beschlossen. Der Streik, der ursprünglich wegen unzureichender Ernährung eingeleitet war, nimmt immer mehr politischen Charakter an, als dessen Urheber hiesige Kommunisten anzusehen sind. In einem heute vormittag veranstalteten großen Demonstrationsumzug wurden Plakate mitgeführt, welche zum Anschlus an die Sowjetregierung in Rußland und Ungarn auffordern. Die hiesigen Reichheitssozialisten verhalten sich nach wie vor ablehnend zu dem Generalstreik. Die hiesigen Bergarbeiter sind mit Ausnahme der Wilhelmsschächte und eines Teiles der Schächte des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktien-Vereins nicht angefahren. Arbeitswillige werden an der Arbeit verhindert. Die nach Dresden entsandte Abordnung, welche vom Wirtschaftsminister eine erhöhte Lebensmittelzuweisung verlangen sollte, ist unverrichteter Sache wieder zurückgekehrt. Bis jetzt ist die Ruhe nirgends gestört.

Pläne österreichischer Gegenrevolutionäre.

Bern, 10. April.

Die sozialistische „Berner Tagwacht“ berichtet über das Treiben der in der Schweiz eingetroffenen österreichischen Aristokraten, die zusammen mit dem von englischer Seite unterstützten früheren Kaiser Karl von der Schweiz aus mit allen Mitteln den Anschlus Österreichs an Deutschland verhindern, und den österreichischen Kaiserthron wiedererrichten wollten. Im Hintergrunde ständen die englischen Imperialisten, deren Absicht auf die Abdankung Deutschlands und dessen Restitutions im Weltmarkt gehe.

Der Finanzskandal.

Bei dieser Regierung weiß man nicht, was Klümmen ist, ihre Taten oder ihre Unterlassungen!

Die deutschen Finanzen befanden sich schon bei Kriegsende in einem desolaten Zustand. Das war die Schuld der schlechten und leichtsinnigen Politik, die man während des Krieges getrieben hat. Im Gegenzug zu England und Amerika, wo ein großer Teil der Ausgaben durch außerordentliche hohe Einkommen- und Vermögensabgaben gedeckt wurden, behalt man sich in Deutschland mit der Ausgabe von Kriegsanleihen; man schuf dadurch eine erdrückende Zinsenlast, erhielt aber die Kriegsstimmung und die Kapitalisten bei guter Laune. Dazu kam noch die verbrecherische Spekulation Herrn Helfferichs, eines der schlimmsten Verderber unserer Finanzen, auf die Kriegsschuldabgung.

Eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben unserer revolutionären Regierung wäre es gewesen, dem völligen Ruin unserer Finanzen Einhalt zu tun. Unsere Genossen in der Regierung drängten auch unumfänglich darauf, und es gelang ihnen schließlich, das Reichschatamt dazu zu bringen, die Wegbesteuerung der großen Kriegsgewinne und eine Vermögensabgabe vorzulegen. Unsere Genossen forderten die sofortige Inkraftsetzung der Steuern. Da kam der unbegreifliche und törichte Widerspruch der Einzelstaaten, dem sich leider auch der unabhängige sächsische Finanzminister angeschlossen. Vor diesem Einspruch wußte dann die Regierung, aus der unsere Genossen auswichen, zurück und verbot alles auf die Zukunft der Nationalversammlung.

Dabei wurde aber noch die zweite Maßnahme, die unsere Genossen gleichfalls verlangten, unterlassen, die sofortige Registrierung aller Vermögen und wirklich wirksame Maßnahmen zur Verhinderung der Kapitalflucht. Das Reichschatamt, unter Leitung des nationalliberalen, ganz von kapitalistischen Anschauungen besessenen Herrn Schiffer, erließ nur einige Verordnungen, deren Unwirksamkeit wir jederzeit sofort feststellen konnten und die jetzt auch Herr Schiffer einsehen muß. Er sitzt hinzu, daß er nun, nachdem es zu spät ist, wirksamere Maßnahmen treffen will. Dieses Einverständnis zeigt nur, wie unverzeihlich und geradezu verbrecherisch die frühere Unterlassung gewesen ist.

Seit der Revolution ist fast ein halbes Jahr verfloßen. Das Reichschatamt hat bis zu diesem Tage kein Steuerprogramm noch nicht einmal fertig, achtsamweise denn, daß eine einzelne Steuer wirklich in Kraft gesetzt worden ist! Unterdessen hat sich die Finanzlage völlig geändert. Die Kapitalisten haben auf alle mögliche Weise ihre Werte in Sicherheit gebracht. Die Gesellschaften haben möglichst große Gewinne ausgeschüttet; die verdienstlichen und nicht in Kraft getretenen Bescheide des Herrn Schiffer waren für die Reichen ein willkommenes Ainoerzeu, wie sie ihre Vermögen vor dem Quatiff des Staates sichern wollten. So hat diese Finanzpolitik der Unfähigkeit und des bösen Willens uns in der Zeit der dringlichsten Not um Millionen und Millionen Steuern gebracht im Interesse der Kapitalistenklasse!

Aber noch schlimmer! Statt die Finanzen zu verbessern, hat das Reichschatamt sie völlig in Grund und Boden verwirrt. Die dringendste Aufgabe wäre gewesen, der unaufhörlichen Vermehrung des Papiergeldes, der erschreckenden Inflation und damit dem fortwährenden Steigen der Preise Einhalt zu tun; denn die Preissteigerung zwingt die Arbeiterklasse zu fortwährenden Lohnforderungen und erzeugt die Streiks. Die Kohlen- und Eisenindustriellen benutzen ihr Monopol, das diese sozialistische Regierung sie unangefastet läßt, zu neuen Preissteigerungen, die sich durch alle Industriezweige fortpflanzen und neue Preissteigerungen, neue Lohnerböhen, neue Streiks erzeugen.

So trägt das Reichschatamt schwere Schuld an der Unruhe im deutschen Wirtschaftsleben. Nun hat Herr Minister Schiffer seine Rede gehalten. Er hat einen Etat vorgelegt, der den unabweislichen Nachbedarf von nicht weniger als 7 1/2 Milliarden aufweist. Und was hat Herr Schiffer zu sagen gewußt? Nichts, als daß das Reichschatamt an dem elenden Klümmen hübsch langsam weiterarbeiten wird, und daß uns direkte und indirekte Steuern beschert werden! Indirekte Steuern, d. h. neue Preissteigerungen notwendiger Bedarfsgegenstände

(andere bringen ja nicht Nennenswertes ein), neue Lohnbewegungen, neue Streiks! Und die direkten Steuern kommen ja so spät, daß ihre Erträge immer zweifelhafter werden. Rußland hat aber auch Herr Schäfer vor der Sozialisierung gewarnt, die der ahnungslose Mann sich nur als vermehrte Bürokratisierung vorstellen kann, um so deutlich zu zeigen, daß trotz Krieg, Revolution und Ruin das Reichsökonomat an dem alten System festhalten will!

Dabei sind die Ausgaben ins Ungemessene gestiegen. In den drei Monaten Januar bis März belaufen sich unsere Seereschulden auf die ungeheure Summe von 8,2 Milliarden. Das ist einfach eine entsetzliche Wirtschaft! Sie erklärt sich ja sehr einfach daraus, daß wir ein sozialistisches Minimum unterhalten und den Krieg mit Rußland fortführen. Ein Anlaßer, verdrücklicher Anlaß, dessen Zweck absolut unangreifbar ist, den wir im Interesse des internationalen Kapitalismus führen, obwohl er unseren Finanzen den letzten Rest gibt.

Da steht sich dieser blutige Diktator, den man an der Spitze des Reichsökonomats in dieser Zeit belassen hat, hin und erklärt in leidenschaftlichem Opportunismus, den nur seine völlige Unkenntnis erklärlich macht, die Finanzen werden schon in Ordnung kommen, das deutsche Volk werde schon die Steuern zahlen können!

Es ist eine heillose Wirtschaft, für die die Verantwortung voll und ganz die Verantwortung trägt, und ihr Ende ist noch gar nicht abzusehen, da die Weimarer Verfassung noch gar nicht davon denkt, an die Ordnung der Finanzen zu sehen.

Es ist eine Wirtschaft, für die es keine Entschuldigung gibt und die sich nur darauf beruft, daß das Reichsökonomat sich ungeschickt von den sozialistischen Ministern ausschließlich als kapitalistisches Interessentenvertreter betrauen hat, die die Vermögensabgaben hinausschieben, die Kapitalflucht auslassen, den Ruin unserer Finanzen energetischen Einwirkungen in die kapitalistischen Einkommen und Vermögen voraussetzen hat.

Es ist eine trostlose Situation, in die uns die Regierung hineingetrieben hat.

Deutsche Nationalversammlung

Der erste Tag der Etatsdebatten wurde mit einer großen Rede des Ministerpräsidenten Scheidemann eröffnet. Sie wirkte nicht weniger als imponierend, wenn sie auch das Bestreben zeigte, staatsmännisch zu erscheinen. Eine neue Note wurde nur in der Erklärung über das Verhältnis zu Rußland angehängt. Die Regierung will in ein freundschaftliches Verhältnis zu Moskau treten, unter der Bedingung daß die bolschewistische Regierung sich nicht in innerdeutsche Angelegenheiten einmische. Diese schließende Angst vor der „russischen Ansetzungsgefahr“ wirkt geradezu grotesk. Sollte Herr Scheidemann noch ein Atom sozialistischer Geistes oder auch nur politischer Vernunft beibehalten, so hätte er sich sagen müssen, daß man mit Verfolgungs- und Absperrozmaßnahmen gegen Idee, nur das entgegengesetzte Resultat erzielt und die Schwäche seiner eigenen Position offenbart.

Der Zentrumsvorredner Dr. Meißner hielt eine Ariegeversprechende, Bezeichnend für das Niveau dieser Rede war die Erklärung, daß weder das deutsche Volk, noch die damaligen Reichstagsmitglieder den Krieg gewollt hätten, sondern in den Krieg hineingedrängt worden seien. In der Frage des Reichstags suchte der Redner einerseits den Zentrumsarbeitern, andererseits aber auch den Unternehmern entgegenzukommen.

Als Redner der sozialdemokratischen Fraktion schlug Herr Gumbel kräftige Töne gegen die Regierung an und geißelte namentlich den Kaschibefehl Kosses. Wegen des Verhältnisses zu Rußland forderte er eine direkte Anfrage an die Regierung, ob es zuträfe, daß die Sozialregierung auf das Bestimmteste erklärt habe, sie sei bereit, mit der deutschen Regierung Frieden zu schließen, und daß sie gar nicht daran denke, ihre Heere über unsere Grenzen zu führen.

Unter allgemeiner Bewegung des Hauses stellte Brockdorff-Rantzau, der nach Gumbel das Wort ergriff, fest, daß eine derartige Erklärung an die deutsche Regierung seitens der russischen Regierung nicht erfolgt sei.

34. Sitzung, Donnerstag, den 10. April.

Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt.

Präsident des Reichsministeriums

Scheidemann

Herrn zuerst über Danzig und kommt dann auf die deutsche Außenpolitik im allgemeinen:

Wir wollen eine gleichmäßige Annäherung an alle Völker, keine erneute Zersplitterung der Welt in Bündnisse und Gruppen, die ja doch im geschichtlichen Augenblick losgehen wie umgeschwemmte Gesteine. Wir hoffen, daß die Liquidierung des Krieges nach dem Osten zu noch einer vollständigen sein wird. Wir können uns von Rußland nicht die Bestätigung unserer inneren Verhältnisse aufbringen lassen, oder wenn es auf die gewalttätige Propaganda des Bolschewismus zu verweist, wollen wir gern dem russischen Volke die Bruderhand reichen, das ganz so wie wir die falsche Rechnung des völkerverwundenden Imperialismus mit Niederlage, Zusammenbruch und schmerzlicher Not hat bezahlen müssen. Der mühsame, bittere Weg zu einer neuen wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung ist uns beiden gemeinsam. Wie sind in diesem auf einander angewiesenen; ich hoffe, daß wir uns zu einander zu finden wissen. (Beifall.) Nach Weisen, Frankreich gegenüber, kann es für unsere Willen zur Verhältnismäßigkeit seine Unklarheit geben. Wir können die von gegenüber übernommenen Verpflichtungen. Wenn wir in Bezug auf Glas-Vorkäufen auf eine Volkswirtschaft drängen, so tun wir es nicht in der stillen Hoffnung, einen Punkt zu erreichen, sondern für alle Zukunft neu zu entscheiden oder neue Aufstellungen wegen Vermögensverteilung wegzuräumen. Ob wir wollen oder nicht, jedes Unrecht fördert noch Recht. In irgendeiner Zeit beginnt dieser nicht zu unterdrückende Prozeß der Weltgeschichte. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß der kommende Friede möglichst wenig Spielraum läßt für solche künftigen Auseinandersetzungen. Deutschland muß in der Stille seiner Niederlage wenigstens den Trotz haben, einen Sieg erringen zu haben, den Sieg über den Militarismus. (Beifall.) Werden wir aber, Volkswirtschaft und Regierung, in der Lage sein, diesen unseren Willen zur Völkervereinigung zur Geltung zu bringen? Die Weisheit, die ich für den Erfolg unserer unauferlegten Aufgabe sehe, kommt nicht so sehr von jenseits der Grenze als

vielmehr aus unserem Volke selbst, aus der unauferlegten Entscheidung unserer Väter, aus der gärenden Unruhe. Ein Streit löst den anderen ab, der sich nicht ergriffen wird, eine Seite bald die andere. In der Zeit, in der endlich für unser ganzes durch Unterernährung und Aufkündigung des Lebens ein Hunger der Nationen wird, wo die Klöße sich leeren, in diesem Augenblick ruhen Hunderttausende von Händen, die allein durch ihre Arbeit die Zahlungsmittel schaffen können, ohne die es kein Brot gibt, ohne Brot für unsere Frauen und Kinder gibt. In dem Augenblick, in dem unser aller Ziel neben Brot noch Frieden und nicht als Frieden sein kann, vollzieht sich in München ein neuer Akt, wie dort die Räterepublik ausgerufen wird, wie ein Schwab- und Teubländer verhandelt mit der ungarischen und russischen Räterepublik, mit der ausgedehnten Front gegen die ganze Welt. Nicht das Vaterland, nicht die Regierung, aber der Friede ist damit in Gefahr. (Beifall.) Ich bin ein Gegner der Räterepublik als Regierungsform. Wir werden uns gegen die Räterepublik nicht nur aus Gründen der Weltanschauung, nicht bloß aus innerpolitischen Gründen, weil wir in ihr die Zerstörung des letzten Restes kapitalistischer Zusammenhänge sehen, sondern wir werden uns gegen sie, weil wir den Frieden wollen. Wir stehen mit dem Bewußtsein der Räterepublik einen Kampf auf Leben und Tod um des Friedens willen, ohne den wir zugrunde gehen. Nicht die Bündnisse der Weltrevolution haben wir, die schon genau so in Mexiko und China wie die Bündnisse der Monarchisten und Imperialisten. (Sehr richtig!) Wir brauchen das große Weltbündnis, den Weltfrieden, in dem gleichgerichtete Völker sich frei entfalten können, ohne die alten Fesseln der Kämpfe und ohne die neuen Fesseln bolschewistischer Bürgerkriege. Das trennt und trennen wir von den Ideen Lenins, der sich rühmte, schon 1910 empfohlen zu haben, die Kräftigung aus dem sozialistischen Programm zu streichen, denn die Überwindung des Kapitalismus ohne Bürgerkrieg ist eine Utopie. (Beifall.) Nein, ohne Revolution wäre der Weltfrieden leerer Formalismus. Wenn zwischen den Völkern die alte Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung abgeschafft werden soll, dann können wir sie erst recht ab in der Auseinandersetzung zwischen Völkern. (Beifall.) Krieg nach innen, Krieg nach außen. Das bringen uns die Räte, die Lehren Lenins, der Bolschewismus. Ich will aus der bolschewistischen Bewegung keinen Kinder- und Bürgerkrieg machen. Ich halte mich an Taktiken, an Lenins Befehl zum Bürgerkrieg, an Kosses Aufforderung zum gemeinsamen Kampf gegen die Entente am Rhein, an den Bündnisvertrag der Münchner Räterepublik und an den Vertrag des Kommunismus angedeutet, die neue Weltlehre der Sowjets mit Feuer und Schwert durch die Welt zu tragen. In diese Tatsachen halte ich mich, wenn ich dem deutschen Volke zurufe: Wacht auf, jetzt um Euch, erkennt den Augenblick, der sich vor Euch, Euren Kindern und unser aller Zukunft eröffnet. Hier darf es keine Parteigrenzen geben, einzig sein in der Abwehr der Räterepublik heißt sich zusammenschließen in der großen, das ganze Volk zusammenschließenden Partei, deren einziger Programmsatz lautet muß: erst und vor allem Frieden. (Beifall.)

Während wir hier über die Zukunft der Republik beraten, hat in Berlin der zweite Reichstagskongreß. Wir begreifen seine Verhandlungen mit Interesse und mit dem besten Willen. Er soll nach dem Willen seiner Teilnehmer dem Wohl der deutschen Zukunft dienen. Möge er den gleichen Weg gehen wie die Reichsregierung, indem sie aus dem Rätegedanken das Beste für unser Volk zweckdienlich entnimmt und nutzbar macht. Eine schwere Verantwortung liegt auf seiner Tagung. Möge er sich klar darüber sein, daß man geistige Bewegungen nur mit geistigen Waffen bekämpfen, aber geistige Neuerungen auch nur auf geistigem Wege einleiten kann. Der Sozialismus kann einem Volke ebenbürtig aufzuzwingen werden, wie uns Deutschen in eine Reaktion wieder aufzuzwingen werden kann. (Beifall.) Wir wollen der wirtschaftlichen Demokratie den Weg öffnen, wie wollen sie die notwendigen Organe schaffen und die Sozialisierung so einleiten, daß sie eine Quelle der Wohlfahrt, nicht eines Schallpfeifers der Forderung bildet. Aber während wir so dem Bolschewismus den Nährboden entziehen, bleibt uns nichts anderes übrig, als seine gewalttätigen Ueberrumpelungsversuche gewaltlos abzuwehren. (Beifall.) Es ist nicht unsere Schuld, wenn das Wort Gewalt noch nicht aus dem Wörterbuch unseres Volkes verschwunden kann. Helfen Sie uns, daß es bald verschwinden kann, daß es nicht notwendig wird in seinem schlimmsten Begriff, dem Gewaltfrieden. (Beifall.)

Herr Dr. Meißner (Z.): Ein Gewaltfrieden würde den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen, die ja nicht gleich zu kommen brauchen, die aber kommen müssen. Für den Frieden erheben wir drei Forderungen, ohne die es eine Einigung nicht geben kann: Klärung des bestehenden Gedichtes sofort bei Friedensschluss, Klärung unserer Forderungen und Aufhebung der Blockade. Wir haben uns zu den 14 Punkten Willens bekannt, aber gerade auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes sprechen wir aus, daß alle besetzten Gebiete, alles was im Osten oder Westen abgetreten werden soll unbestreitbar und beweisbar deutsche Gebiete sind. Wir verlangen auch, daß im Friedensschluß unsere Kolonien nicht weggelassen werden. Wir haben uns bereit erklärt, den angegriffenen Gebieten wieder gutzumachen, aber diese Wiedergutmachung muß erfolgen auf Grund der Listen, die wir geführt haben, und die wir vorlegen werden. Nach dem materiellen Inhalt der Friedensbedingungen stellt der Völkerbund Willens eine große Rolle. Wenn dieser Völkerbund zustande kommt, so muß Deutschland als vollberechtigtes Mitglied in diesen Völkerbund aufgenommen werden. In den Kreis der Schlichter des Völkerbundesgerichtshofes muß auch der Papst mit einbezogen werden. Ich muß bei der Gelegenheit mein tiefstes Bedauern ausdrücken, daß es in Deutschland Männer gibt, die glauben, und die Schuld am Kriege ausbürden zu sollen. Von vereinzelten Entwürfen abgesehen, hat das deutsche Volk diesen Krieg nicht gewollt (sehr richtig) und lebhaft Zustimmung) und ich füge hinzu: Auch die damaligen Reichstagsmitglieder haben diesen Krieg nicht gewollt, sondern wir sind in diesen Krieg hineingedrängt worden. Ich meine aber ernstlich in dieser Schicksalsstunde unseres Volkes unsere Feinde. Es kann die Zeit kommen, wo wir erklären: nein, diesen Frieden der Gewalt und des Zwanges will ich nicht. (Erläuternder Beifall und Zustimmung.) Will man uns die Feder zur Unterzeichnung eines solchen Gewaltfriedens in die von Hunger und Entbehrung entzündete Hand drücken, dann kann es sein, daß diese Hand nicht unterschreibt, sondern zum letzten Widerstand sich zusammenschließt. (Erläuternder Beifall und Zustimmung.) Wenn neben das niedergebeugene und vom Bolschewismus gezeichnete Rußland auch noch ein niedergebücktes Deutschland gestellt wird, dann kann es kommen, daß statt des milden Lichts des Friedens die Flamme aus dem Abgrund schlagend und der Zustand des Weltbolschewismus eintritt, der den Bruderkampf bedeutet und die Vernichtung aller Kultur. (Lebhafter Beifall.) Die Tatsache, daß der Bolschewismus in Bayern Fuß gefaßt hat, ist nicht mehr eine Angelegenheit, die Bayern allein angeht, sondern es ist die Pflicht des Reiches und aller deutschen Bundesstaaten, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Das Wort „Räterepublik“ erweist sich nicht als heftige Klänge, aber man kann ihm einen guten und besseren Gehalt geben. Der letzte Regierungsvorstoß zur Einlösung des Rätebündnisses in die Verfassung ist kein Legendeprodukt. Er ist eine unumgängliche notwendige soziale Forderung, die uns in ihrem sachlichen Grundgedahl durchaus berechtigt erscheint. (Sehr richtig!) Der Arbeiter darf nicht wie bisher Objekt des Wirtschaftens sein, sondern er muß sein Subjekt werden. Das Rätebündnis soll nicht einen Übergang zur Klassenregierung bedeuten, aber es ist ein vortreffliches Mittel zur Ver-

handigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Das Mindeste ist die Ordnung des Betriebes der Gewerkschaften, aber die Gewerkschaften müssen auch selber gehalten werden. Die politische Arbeit muß bei der Volkswirtschaft bleiben, aber wirtschaftliche Fragen können durch das Reichsparlament besser aufgearbeitet und verfaßt werden.

Herr Dr. Meißner (Z.): Ein weltlicher Friede ist nur dann erreichbar, wenn es ein Friede des Rechtes ist, wenn unser Volk über die Vermögensverteilung aus dem Kriege herkommt. Wenn die Vermögensverteilung in feindseligen Völkern der Angst unterliegt, daß in Deutschland der Militarismus wieder erstarren könnte, so ist das eine falsche Rechnung. Die anderen Völker sollten erkennen, daß in Deutschland der Militarismus für alle Zeiten beseitigt ist, wenn wir die Einrichtung eines Staatsgerichtshofes, der unparteiisch die Schuld an diesem Kriege untersuchen soll. Schiedsrichter sind während des Krieges vorgekommen bei allen Heeren, auch bei unserem Heere. Ich erinnere daran, daß bei der Erschießung des englischen Kapitäns die Militärbehörde die dringenden Besuchen des kaiserlichen Amtes gegen die schnelle Urteilsvollziehung mit den Worten zurückwies:

„Wir kennen kein Auswärtiges Amt.“

Ebenso wie den Frieden mit der Entente erstreben wir auch Frieden mit dem benachbarten russischen Volk. Ich frage die Regierung, ob es richtig ist, daß die russische Regierung ausnahmslos und auf das Bestimmteste unsere Regierung erklärt hat, sie sei bereit, Frieden zu schließen und denke nicht daran, ihre Heere über unsere Grenzen zu führen, solange wir, solange aber, daß unser Heer innerhalb unserer Grenzen bleibt. Ebenso wichtig wie der Friede nach außen ist aber auch, daß wir Frieden im eigenen Lande bekommen. Die schlimmsten Ausdehnungen können nur mit Waffengewalt niederschlagen werden, aber das ist kein wahrer Friede. (Sehr richtig!) Damit wird ihnen in die Hände gearbeitet, die nur darauf lauern, bis das arbeitende Volk sich durch Widerstände so sehr geistig hat, daß die anderen mit den Errungenschaften der Revolution aufkommen und die Gewalt Herrschaft wieder einführen können. (Beifall, Zustimmung b. d. Z.) Wir müssen dringende bitten, daß die Truppen nicht eingreifen, wo es der eigenen Bevölkerung möglich ist, die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Die Regierung muß danach streben, daß die Truppen nur in Ausnahmefällen und Ueberrumpelungen genutzt und daß Ueberrumpelungen ebenso scharf und scharf bestraft werden wie von der anderen Seite. Es ist ein Befehl veröffentlicht worden, der ausgeht vom Oberkommando Kosses, Abteilungsleiter in diesem von einem Offizier v. Hofmann unterzeichneten Befehl wird die Schwärze über einen Anhänger des Spartakusbundes verhängt, war aus dem Grunde,

weil der Mann dem Spartakusbund angehört,

der zu Gewalttätigkeiten aufsteigt. Der Grund ist nicht etwa, daß der Verhaftete selbst zu Gewalttätigkeiten aufgefordert worden ist. (Beifall b. d. Z.) Soweit darf man unter keinen Umständen gehen. (Sehr richtig! b. d. Z.) Ich erwarte von der Regierung eine Erklärung, daß solche Befehle ungültig sind und daß auf Grund solcher Befehle Verhaftungen sofort wieder gelassen werden. Zur Befreiung des Hungers müssen wir Kräfte zusammenhalten. Deshalb können wir mit aller Schärfe die Räterepublik ab, denn sie bedeutet nicht die Einigung der Kräfte, sondern die Vergewaltigung der Räte durch eine Minderheit. Wir lehnen jede Vergewaltigung ab, eine Diktatur des Kapitalismus. (Sehr richtig! b. d. Z.) Die ersten Lebensmittel aus dem Ausland kommen jetzt herein. Man kann sie aber nicht mechanisch nach der Einwohnerzahl verteilen, auch in vielen Mittelstädten herrscht bittere Not. Das Problem ist, wie man die Lebensmittel aus dem Ausland kommen lassen kann. Die jetzigen Preisen müssen ja Lohnforderungen kommen. Die Forderungen für die minderbemittelten Kreise müssen geschnitten werden. Ein schamloses Schwindelgeschäft macht sich breit. Die Schulden gehören ins Juckhaus. Den Geh von der Forderung des Eigentums können wir in dieser schweren Zeit nicht erkennen. Jeder, der mehr hat als er braucht, darf nicht mehr nur noch als Eigentümer der Gemeinheit verwalten. Die Durchführung dieser weitgehenden Forderungen brauchen wir eine starke Regierung. Ein Teil selbst der stärksten Militärs der Regierung arbeitet nicht mit, sondern gegen die besten Männer. (Sehr richtig! links.) Jetzt muß schnell gearbeitet werden und produziert werden. Darum brauchen wir die Arbeiterräte als vorkämpfende Organe. (Beifall b. d. Z.) Die Nationalversammlung darf sich dieser Entwicklung nicht entgegenstellen, sondern muß dafür sorgen, daß sie sich in Form vollzieht, die der Gesamtheit zum Segen gereicht. (Beifall b. d. Z.)

Am 14. März wird die Weiterberatung auf 14 Uhr vertagt. Nach der Pause nimmt Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau

das Wort:

Seit meiner Programmrede vom 14. Februar hat sich die Lage nicht wesentlich geändert. Wir stehen vor hartem und kühl rechnenden Feinden und haben ihnen gegenüber nur eine Waise: Das ist die Verurteilung auf die Friedenverhandlungen, über die wir Anfang November, bevor unsere Waffen und unsere Glacis ausriefen, eine gemeinsame Lage in einem wesentlichen Punkte eintrifft, können wir nicht untergehen. (Beifall.) Erweitern Sie die deutsche Forderung annehmen, daß der einflussreichste, die Bevölkerung das Recht garantiert wird, über ihre Mittel und Geld durch unbefristete Willensänderung selbst zu bestimmen. Im Osten haben wir eine schwere Krise durchgemacht. Die Welt vorläufig überwinden, denn die Entente hat sich bereit finden lassen, auf die Forderung bei Danzig zu verzichten. In der Frage Nordafrikas haben sich die Dinge nicht geändert. Wenn die frühere deutsche Regierung im vergangenen Jahre erklärt hat, daß sie auch für die streitigen Nordafrikanischen Gebiete die Willensänderung anzuwenden entschlossen sei, so hat sie dabei nur ungewissheit dänisch besiedelte Gebiete im Auge gehabt. Die Vorbereitungen für die Angliederung des Deutsch-Ostafrikas sind inzwischen weitergeführt worden. Es ist ganz ausgeschlossen, die Frage der siamesischen Ansprüche an Deutschland ohne Verhandlung mit unseren Südwestafrikanern zu lösen. Wir sind bereit, am besten die den Gegnern sowohl auf ihre Schadensforderungen wie auf ihre Forderungen nach unserer Zahlenschnelligkeit mit offenem Munde und Antwort zu geben. Es wird rascher sein, die Forderungen, wenn sie mit uns verhandeln, als wenn sie Wege zu Wege, von Monat zu Monat versuchen, untereinander über die Höhe einig zu werden, die vor der Wirklichkeit der Forderungen nicht bestehen. Nur ein wirtschaftlich erträgliches Deutschland kann seinen bisherigen Reichtum, seinen wirtschaftlichen Schaden des Krieges wieder gut zu machen. Dazu bedürfen wir der Freigabe des industriell und landwirtschaftlich so wichtigen Weizens, der jetzt nicht nur vom Reich, sondern entgegen dem Vorkriegsstand abgenommen wird. Die schuldigen Aufhebung der Blockade, dieser grausamen Krieges, mit der man trotz Waffenstillstand weiter gegen die Freigabe von Lebensmitteln unter Bedingungen, die uns den Kauf überhaupt erst möglich machen. Die Preise und die Begleichung lassen uns die bisherigen Lieferungen nicht wieder zu empfinden. Wir brauchen Rohstoffe, wir brauchen Arbeit, und um diese Rohstoffe zu kaufen, wir brauchen. Wenn die Gegner Deutschland wirklich

